

#LeaveNoOneBehind #WirHabenPlatz

400 Menschen stellten sich am 5. April im vorgeschriebenen Abstand mit Mundschutz und Handschuhen entlang des Mains auf und forderten die Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager. Trotz Einhalten des Sicherheitsabstands nahm die Polizei einige der Teilnehmer gewaltsam zur Feststellung der Identität vorübergehend fest.

„Danke an alle, die dabei waren! Wir haben uns über so viele kreative Schilder, orangene Kleidung und Rettungswesten gefreut. Das war ein sehr gelungener individueller Protest in kollektiver Form.

Denn nicht alle Menschen haben in dieser Zeit das Privileg, den Sicherheitsabstand einhalten zu können. Es ist daher unsere Pflicht, die katastrophalen Umstände in Moria, auf den ganzen griechischen Inseln und auf dem Balkan anzuprangern.

Die Geflüchteten organisieren sich dort selbst, um sich vor dem Corona Virus zu schützen. Nicht mal genügend fließend Wasser steht zur Verfügung, um sich die Hände waschen zu können. Eine menschliche Katastrophe steht uns bevor, wenn das Virus sich in den überfüllten Lagern weiter ausbreitet. Die Rückhol-Aktionen des Staates haben gezeigt, es ist einfach, Menschen mit dem Flugzeug nach Deutschland zu holen. Und über 140 Städte sind hier bereit, Menschen aufzunehmen und warten nur darauf, dass sie es endlich dürfen!

Neben der Freude über so viel Beteiligung, mussten wir aber feststellen, wie aggressiv die Polizei gegen unsere Aktion und viele Teilnehmer*innen vorgegangen

ist. Einheiten der Polizei sperrten einen Teil des Mainufers ab, sprachen Platzverweise aus, nahm einen Presseausweis ab und nahmen die Personalien von Aktivist*innen auf. Ungefähr 15 Personen wurden außerdem vorübergehend in Gewahrsam genommen. Die Polizei geht trotz Einhaltung aller Pandemie-Schutzvorkehrungen – mit diesem Verhalten repressiv gegen öffentlichen Protest, Meinungs- und Pressefreiheit vor. Während Spazieren am Main okay ist, werden hier grundlegende Bestandteile unserer Demokratie damit gefährdet. Nichtsdestotrotz bleibt es unsere Pflicht, die Situation an den EU-Außengrenzen öffentlich sichtbar zu machen und dagegen anzukämpfen! Danke an alle, die gestern mit uns zeigten: Wahre Solidarität endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen - Solidarität heißt Solidarität mit ALLEN!“

Seebrücke Frankfurt, 6. April 2020

Quarantänehäuser spriessen, Ärzte, Betten überall

Forscher forschen, Gelder fließen – Politik mit Überschall.

Also hat sie klargelegt: Wenn sie will, dann kann die Welt.

Also will sie nicht beenden das Krepieren in den Kriegen, das Verrecken vor den Stränden und dass Kinder schreiend liegen in den Zelten, zitternd, nass.

Also will sie. Alles das.

Thomas Gsella, Die Corona-Lehre



Bußgeldbescheid oder Stress mit der Polizei am Sonntag gehabt?

Niemand soll alleine mit Repression gelassen werden - wir sind zuversichtlich, dass wir gemeinsam Bußgeldforderungen, Verfahren usw. gut begegnen können und arbeiten dafür in enger Absprache mit unseren lokalen Rechtshilfestrukturen!

frankfurt@seebruecke.org

TERMINE

11. April bis 1. Juni

Who Reclaims?! – eine feministische Zeitreise

Videoinstallation von Swoosh Lieu im Welche Orte machen die feministische Stadt aus? Was ist ihre Vergangenheit, wie sieht ihre Gegenwart aus und was wünschen wir uns für ihre Zukunft?

Die Videoinstallation folgt 12 Stadtaktivistinnen auf feministischen Trampelpfaden durch Frankfurt am Main, spannt Greenscreens als Flächen für Imagination und fragt: Welche Kämpfe wurden hier gekämpft, an was halten wir fest und welche Träume wollen wir hier träumen?

Interviewpartnerinnen:

Friederike Boll, Sibylla Flügge, Karola Gramann, Katja Lüke, Alexandra Ommert, Diana Preda, Emel Schattner, Heide Schläpman, Mina Šahović, Katrin Speck, Beate Steinbach, Vanessa Thompson

Die Installation ist auch auf unserer Webseite unter www.synnika.space/events/who-reclaims zugänglich.

SYNNIKA im Schaufenster, Niddastr. 57

bis 22. April

Film: Paris - Die Kurdinnen und ihr Killer

Der Kampf von PKK und Türkei mitten in Europa. Film von Ahmet Senyurt (D 2019, 52 Min.) in der Arte-Mediathek

Am 10. Januar 2013 wurden die Leichen von drei PKK-Funktionärinnen in einem Pariser Apartment entdeckt. Der Tatverdächtige verstarb kurz vor Beginn seines Prozesses. Hatte der Attentäter im Auftrag des türkischen Geheimdienstes gehandelt? Am 30. Oktober 2019 erklärte Staatspräsident Erdoğan im türkischen Parlament, die Türkei nehme für sich das Recht in Anspruch, Gegner und Feinde im Ausland zu bekämpfen. Zu den Feinden gehört seit 40 Jahren die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK. Ein blutiger Konflikt, der bis nach Europa reicht.

Die Spurensuche des Regisseurs beginnt in Frankreich, führt nach Deutschland, in den Nordirak und nach Nordsyrien.

www.arte.tv/de/videos/083303-000-A/paris-die-kurdinnen-und-ihr-killer/

TERMINE

21. April Dienstag

online Rassismus im Fußball

Webinar der Bildungsstätte Anne Frank
In unserem Webinar werfen wir einen Blick in die Geschichte und Gegenwart rassistischer Fälle im professionellen Fußballgeschehen. Beschäftigten werden uns die Fragen: Sind die Beleidigungen gegen Dietmar Hopp das gleiche wie die Beleidigungen gegen Schwarze Spieler? Und was sind Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus im Stadion, auf dem Platz und von den Rängen vorzugehen?

Webinar mit der Plattform Zoom. Anmeldung mit Angabe des Webinar-Titels unter erwachsenenbildung@bs-anne-frank.de . Daraufhin erhalten Sie ihre Zugangsdaten. 16-17.30 Uhr

23. April Donnerstag

online Selbstoptimierung – die Zukunft einer Illusion

mit Prof. Dr. Vera King und Prof. Dr. Hartmut Rosa im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Der utopische Raum“. Das Bemühen um Optimierung gehört zu den grundlegenden Prinzipien gegenwärtiger westlicher Gesellschaften. Der strukturelle Zwang, die ökonomischen und administrativen Abläufe beständig zu perfektionieren und in ihrer Effizienz zu steigern, bleibt jedoch nicht ohne Konsequenzen für die individuelle Lebensführung.

Um mit den beschleunigten gesellschaftlichen Prozessen mithalten zu können, bemühen sich Menschen um permanente Selbstoptimierung – und müssen zwangsläufig auch immer wieder scheitern. Wie aber sieht gelingendes Leben aus, das nicht auf das bloße Verfügbarmachen von Ressourcen und auf Optimierung setzt, sondern auf Sorge, Resonanz und die Anerkennung von Begrenztheit?

Prof. Dr. Vera King, Goethe-Universität Frankfurt, Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts.

Prof. Dr. Hartmut Rosa, Professur für Allgemeine Soziologie, Schiller-Universität Jena.

Gemeinsame Veranstaltung von medico international und Sigmund-Freud-Institut sowie der Sigmund-Freud Fördergesellschaft.

Link zur Veranstaltung bitte hier nachschauen: .

www.medico.de/termin/2020-04-23/1900/selbstoptimierung-die-zukunft-einer-illusion-357/
19 Uhr

28. April Dienstag

online Rassismus im Fußball

16-17.30 Uhr

Anmeldung siehe 21. April

Zum Verbot der Motorraddemo am Ostermontag 2020

Am 2.4. wurde von Ulrich Wilken für den Motorradclub Kuhle Wampe eine Biker-Demo am Ostermontag angemeldet. Das ursprüngliche Thema „Ostermarsch“ wurde nach Rücksprache mit dem Ordnungsamt abgeändert in: „Abrüsten statt Aufrüsten“ Die Biker-Demo sollte ausgehend vom US-Konsulat über eine Innenstadtroute auf den Römerberg führen, wo eine Kundgebung vorgesehen war.

Angemeldet waren 20 Motorräder (teilweise doppelt besetzt) und ein Begleit-Pkw. Vermerkt war in der Anmeldung: „In Bewusstsein der Kontaktbeschränkungen werden wir am Beginn- wie am Zielort die Motorräder in min. 2 Meter Abstand parken. Zur Verständigung nutzen wir ein mobiles Lautsprechersystem/Megaphon.“

Ulrich Wilken war auch derjenige, der am 8.4. für die Landtagsfraktion Die LINKE ankündigte, das Vorgehen der Polizei gegen die „Seebrücke“-Demonstration am vorausgegangenen Wochenende zum Thema im Landtag zu machen. Ulrich Wilken wörtlich: „Es besteht die Gefahr, dass es einen Überbietungswettbewerb um die strengsten Verbote gibt“.

Diese klare Positionierung wurde ihm auch in dem Verbots-Bescheid der Biker-Demo mit Verfügung des Ordnungsamtes vom 9.4. angekreidet. Darin heißt es zunächst: „Dieses Verbot gilt zugleich für jede andere Versammlung unter freiem Himmel, die an diesem Tag an einem anderen als dem angemeldeten Orten im Stadtgebiet von Frankfurt am Main oder an den gleichen Orten zu anderen Stunden (Ersatzveranstaltung) von Ihnen durchgeführt werden sollte, wenn dabei eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und/oder Ordnung zu erwarten bzw. absehbar ist.“

Folgende Gründe führte das Ordnungsamt in seinem 8-Seiten-Bescheid u.a. auf: Die Veranstalter hätten aktiv dafür geworben, dass sich weitere Teilnehmer entlang der Strecke als 2-er-Gruppen mit Transparenten, Fahnen und Aktionsutensilien beteiligen sollten.

Neben dem Kreisverband Frankfurt des MC Kuhle Wampe war auf der Internetseite des „Frankfurter Info“ auch von den KV Kassel und Göttingen die Rede. Dazu heißt es in dem Bescheid: „Auch aus diesem Grund kann eine höhere Teilnehmerzahl, als die von Ihnen in der Anmeldung angegebenen Zahl von 20 (teilweise doppelt besetzt), angenommen werden.“

Weiterhin sei „demnach vielmehr zu erwarten“, dass alle Teilnehmer am Rande der Demonstrationsroute und besonders am Start- und Zielpunkt „dichter zusammenstellen, um beispielsweise gemeinsam ihre Meinung zu verkünden oder zu kommunizieren“.

Da auch einzelne Teilnehmer mit dem

Corona-Virus infiziert sein könnten, „besteht zumindest eine Gefahr der Ansteckung mit dem SARS-CoV-2 Virus und damit eine Gefahr für Gesundheit, Leib und Leben und körperliche Unversehrtheit für alle Menschen“.

Weiter: „Überdies wird das Zusammenkommen von der Mehrheit der Frankfurter Bevölkerung, die sich zu einem ganz überwiegenden Teil an die Corona-Verordnungen des Landes Hessen halten, als Provokation empfunden“.

Abschließend wird noch darauf hingewiesen, dass Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr belegt werden können.

Fazit: Mit Mutmaßungen und Unterstellungen wurde vom Ordnungsamt eine „höchstwahrscheinliche“ Gefährdung der öffentlichen Ordnung konstruiert. Keine Mutmaßung ist es hingegen, wenn man den Bescheid auch als Gegenschlag zu Ulrich Wilkens Protest gegen die gewaltsame Auflösung der vorausgegangenen „Seebrücke“-Demo ansieht. Polizei und Ordnungsamt in Frankfurt stehen deshalb exemplarisch für das, was in den nächsten Monaten als gewaltige, gemeinsame Aufgabe aller sozialen Bewegungen zu sehen ist: Der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und fadenscheinig formulierten Repressionsmaßnahmen.

Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Kündigungsschutz im nicht viel wert

Ein Schutz vor Vollstreckungen von Mietrückständen fehlt.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Corona-Krise auch Regelungen für einen vorübergehenden Mieterschutz vor Kündigungen geschaffen. Dabei wurde jedoch ignoriert, dass bei Mietrückständen nicht nur Räumungsklagen, sondern auch Zahlungsklagen drohen. Und dass die Folgen von Zahlungsklagen für die Mieter derart massiv sein können, dass der Kündigungsschutz in vielen Fällen praktisch wirkungslos bleiben wird.

Dabei stellt die teilweise öffentlich diskutierte Verzinsung von titulierten Zahlungsklagen von zurzeit ca. 4% das noch bei Weitem kleinste Problem dar. Der Vermieter ist weiterhin nicht gehindert, jegliche Mietzahlungsrückstände, also auch durch die Corona-Krise bedingte Rückstände, einzuklagen. Bereits hierdurch kommt es zu SCHUFA-Einträgen. Dramatisch wird es für einen betroffenen Mieter, wenn

#SavePeopleNotPlanes

Keine Milliardenhilfe für die Flugindustrie

250 Initiativen starten einen weltweiten Aufruf gegen Milliardenengpässe für die Flugindustrie (*ambodenbleiben.de*). In dem offenen Brief werden Regierungen dazu aufgefordert:

1. die Bedürfnisse der Menschen an erste Stelle zu setzen und Beschäftigten zu helfen, anstatt Manager*innen und Aktionären*innen,

2. einen Strukturwandel in Richtung klimagerechte Mobilität einzuleiten, indem Verkehrsnetze umgebaut und klimafreundliche Alternativen wie der Schienenverkehr gefördert werden, um dort klimagerechte Arbeitsplätze zu schaffen,

3. die Steuerprivilegien der Flugindustrie abzuschaffen und neben einer Kerosinsteuer eine progressiv ansteigende Vielflieger*innenabgabe einzuführen.

In Deutschland wird derzeit hinter verschlossenen Türen über Maßnahmen zur Rettung der Lufthansa vor der Zahlungsunfähigkeit verhandelt. Die Entscheidung kann jeden Moment fallen. Der zurücktretende Lufthansa-Finanzvorstand hatte noch Mitte März vorausgesagt, dass „die Lufthansa auch nach Corona noch fliegen und als Gewinner aus der Krise hervorgehen wird“. Die unterzeichnenden Organisationen sehen das anders: „Es ist keine Option, nach der aktuellen Krise zum klimaschädlichen ‘Business as Usual’ zurückzukehren und mit öffentlichen Geldern dafür zu sorgen, dass die Flugindustrie sogar ‘als Gewinner’

aussteigt. Gewinnen kann Lufthansa nur durch bedingungslose staatliche Hilfen auf der einen und unfaire Steuervorteile auf der anderen Seite. Beides unterstreicht die Verantwortungslosigkeit, mit der Deutschlands größte Fluggesellschaft der Klimakrise begegnet“, so Sascha Blanes von der Initiative Am Boden bleiben.

Die Luftfahrtindustrie hat in den vergangenen Jahrzehnten mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten auf Kosten des Klimas massive Gewinne eingefahren. Schon heute ist der Flugverkehr inklusive der nicht-CO₂-Effekte für 5-8 % der menschengemachten Klimaerwärmung verantwortlich. Dieser Anteil ist gewaltig angesichts der geringen Anzahl von Vielflieger*innen, die dafür hauptsächlich verantwortlich sind: So zeigt eine aktuelle Studie, dass die reichsten 10 % der Weltbevölkerung 75 % der Transportenergie im Flugverkehr verbrauchen.

flughafen-bi.de, 6. April 2020



CORONA-Gesetz ist

der Vermieter Vollstreckungsmaßnahmen ergreift.

So kann der Vermieter den Mieter z.B. zu einer Eidesstattlichen Versicherung („Offenbarungseid“) zwingen. Dies hat für viele Mieter gravierende Folgen, z.B. bei Wohnungssuche, Kreditanträgen oder bei Gründungen von Unternehmen. Auch Kontopfändungen führen zu erheblichen Beeinträchtigungen. Zwar kann der Mieter sein Konto in ein Pfändungsschutzkonto umwandeln lassen, was die Bank auf Antrag verpflichtet, zumindest einen Betrag von monatlich zzt. 1.178 € zzgl. eines nachgewiesenen Mehrbedarfs zurückzuhalten (§§ 850ff ZPO). Doch vor Antragstellung kann das Konto leergeräumt bzw. das monatliche Einkommen vollständig weg sein. Und die Erfüllung wichtiger Verpflichtungen (und infolge dessen die spätere Rückzahlung geschuldeter Mieten) kann unmöglich werden.

Zutreffende Mietrückstände gelten auch

als Mietrückstände, wenn „Artikel 5 § 2 Absatz 1 Gesetz der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ greift. Wenn der Mieter nicht zahlen kann, kann er zwar vorerst nicht wirksam gekündigt werden. Aber er muss die Zahlungsklage anerkennen. Gerichtliche Widersprüche würden nur zu höheren Prozesskosten zu Lasten des Mieters führen. Wegen fehlender Erfolgsaussicht werden auch keine Rechtschutz-Versicherung und keine behördliche Prozesskostenhilfe eintreten.

Wenigstens an dieser Stelle hätte der Gesetzgeber die Belastung des Mieters noch abfedern können, selbst wenn der Gesetzgeber den Interessen des Vermieters den Vorrang geben wollte, damit dieser vorsorglich möglichst schnell ein Urteil zur Vollstreckung der Mietschulden in Händen halten kann. Zur Reduzierung der Kostenbelastung hätten Prozesse ganz ausgesetzt, z.B. über ein außergerichtliches Schuldanerkenntnis, oder zumindest auf maximal einen gebührenfreien Mahn- und Vollstreckungsbescheid begrenzt werden können.

Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V., 8. April 2020

GEW Frankfurt zur Petition „Digitaler Unterricht sofort mit dem Office work@home Paket für alle SuS und Lehrer*innen“

Der GEW-Bezirksverband Frankfurt schätzt die Forderung der Petition, nämlich die flächendeckende und unkritische Einführung von Office 365 in mehrfacher Hinsicht als problematisch ein und teilt die Einschätzungen der Petitionssteller nicht.

Einige Teile des work@home-Paketes sind datenschutzrechtlich nicht unproblematisch, diverse Nutzungsdaten werden an Microsoft übermittelt. Gleichzeitig würde ein multinationaler Konzern große Unterstützung beim Anstreben einer Monopolstellung erhalten.

Oftmals ist aber nicht nur die fehlende Software, sondern bereits die nicht vorhandene oder unzureichende Ausstattung mit Endgeräten ein viel größeres Problem. Ebenso wirken sich die unterschiedlichen Möglichkeiten der Eltern, ihre Kinder beim Lernen zuhause zu unterstützen, an dieser Stelle noch deutlicher als sonst aus.

Wir bezweifeln, dass die Bereitstellung dieses Softwarepakets wirklich geeignet ist, Bildungsbenachteiligungen von Schüler*innen tatsächlich angemessen entgegenzuwirken. Wahrscheinlich gibt es keine einfache, kurzfristige Möglichkeit, diese Probleme zufriedenstellend zu beheben. Mittelfristig sollten aber Lösungen angestrebt werden, die an diesen Problemen ansetzen und zu ihrer Lösung beitragen.

Deshalb fordern wir:

- Schüler*innen und Lehrkräfte müssen neben Softwarelösungen auch entsprechende Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen.

- Der Aspekt der Datensicherheit muss hierbei auch berücksichtigt werden. Hier sollten beispielsweise mit dem LibreOffice-Paket auch kostengünstige und datensichere Lösungen genutzt werden, wenn dies möglich ist.

- Ausbau des hessischen Schulportals an der Lehrkräfteakademie, gerade auch im personellen Bereich.

- Ausbau und Weiterentwicklung des Medienzentrums Frankfurt, insbesondere auch um Lehrkräfte bei der Gestaltung von digitalen Unterrichtsangeboten für die besonderen Lernbedürfnisse ihrer Schüler*innen beraten zu können.

Laura Preusker und Sebastian Guttmann, Vorsitzendenteam GEW Bezirksverband Frankfurt

Erklärung der FI Redaktion:

- Die Petition wird unterstützt von SSR-Stadt Schüler*innen Rat • Medienzentrum Frankfurt e.V. • Verein Eltern für Schule
- SuS = Schülerinnen und Schüler

Frankfurter Info 8 / 2020, 18. April 2020
Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.
Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.
Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto
Verein LAGG, Frankfurter Volksbank,
IBAN: DE28 5019 0000 4302 1745 69
Verwendungszweck: Frankfurter Info
Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelsheim

Redaktions- und Bezugsadresse:
eMail: redaktion@frankfurter-info.org
Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27. April 2020
Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

Offener Brief an die Beschäftigten der Frankfurter Obdachlosen- und Drogenhilfeeinrichtungen

Liebe Kolleg*innen,

wir wenden uns an euch, weil wir und unsere Klient*innen als Leidtragende der aktuellen Corona-Krise noch immer mit leeren Phrasen abgespeist werden und dies nicht länger hinnehmen wollen. Die von Beschäftigten der Integrativen Drogenhilfe e.V. (IDH) am 30.03.2020 in einem ersten Offenen Brief erhobenen Forderungen wurden - wenn überhaupt - nur bruchstückhaft erfüllt, manche sogar in ihr Gegenteil verkehrt! (s. frankfurter-info.org/news/interventionen-von-mitarbeiterinnen-der-drogenhilfe-in-frankfurt)

So kann von einem umfassenden Gesundheitsschutz für die Beschäftigten nach wie vor keine Rede sein: Unsere Forderung, ältere Kolleg*innen und solche, die unter Vorerkrankungen wie Asthma, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Beschwerden leiden, sofort bei vollen Bezügen freizustellen, wird sowohl von den politisch Verantwortlichen als auch von der Geschäftsführung der IDH standhaft ignoriert.

Auch unsere Forderung, unsere obdachlosen Klient*innen in leerstehenden Hotels unterzubringen und unbürokratisch mit Nahrungsmitteln und Drogensubstituten zu versorgen, um ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und sie vor einer Infektion auf der Straße oder in Sammelunterkünften zu schützen, wird nicht einmal in Erwägung gezogen. Stattdessen erklärt Gesundheitsdezernent Stefan Majer (GRÜNE), man suche „eine Liegenschaft, in der eine Gruppe mit Corona-Virus positiv getesteten Menschen unterkommen kann“ und „gleichzeitig die Kontaktpersonen in Quarantäne genommen werden“ können. Hier und nur hier könne dann „auch eine medizinische und psychosoziale Versorgung stattfinden und die notwendige Substitutionsbehandlung durchgeführt werden“ (Sondermeldung der Stadt Frankfurt v. 02.04.2020). Anders formuliert: Hilfe können unsere Klient*innen nur erwarten, wenn sie bereits infiziert oder erkrankt sind...

Dass Majers Pläne zutiefst inhuman sind, wird spätestens durch die anschließende Begründung deutlich. Die besagte „Liegenschaft“ solle „zur Entlastung der Krankenhäuser beitragen, die ansonsten Drogenabhängige, ob infiziert oder nicht, stationär aufnehmen müssten“, erklärt der Gesund-

heitsdezernent. Abgesehen davon, dass das Gesundheitswesen nur deshalb als potentiell überlastet gilt, weil es über Jahre systematisch auf Profitabilität getrimmt wurde, sind es unsere Klient*innen also nach offizieller Auffassung ganz offensichtlich nicht wert, wie jeder „normale“ Mensch auf möglichst hohem medizinischen Niveau versorgt und behandelt zu werden.

Gleichzeitig hören wir aus vielen im sozialen Bereich tätigen Einrichtungen, dass die Geschäftsleitungen extremen Druck auf die Beschäftigten ausüben: Arbeitszeitregelungen werden nicht zuletzt mit Unterstützung von Betriebsräten außer Kraft gesetzt, weil diejenigen, die als „systemrelevant“ gelten, malochen sollen bis zum Umfallen. ...

Das Krisenmanagement von Staat und Kapital

Die aktuelle Krise kam für Staat und Kapital nicht unvorbereitet: Seit etlichen Jahren beschäftigt sich etwa das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit Pandemie-Planungen. ...

Die hessische Landesregierung rief in diesem Zusammenhang ein „Krisenzentrum“ unter Führung des Innenministeriums ins Leben, das sich insbesondere mit der Aufrechterhaltung von „Sicherheit und Ordnung“ im Fall einer Pandemie befasste. So übte die Polizei das Vorgehen gegen die Plünderung von Apotheken oder trainierte gemeinsam mit dem Werkschutz des Pharma-Unternehmens Merck die Niederschlagung von Demonstrationen.

Oberstes Ziel der besagten Planungen ist die Absicherung der „Kritischen Infrastruktur“, worunter allgemein Einrichtungen der Energie- und Wasserversorgung, des Gesundheitswesens oder der Transport- und Kommunikationsindustrie verstanden werden. ... Es geht um „Business Continuity“, wie im „Handbuch Betriebliche Pandemieplanung“ des BBK nachzulesen ist.

Krisenmanagement und Obdachlosen-/Drogenhilfe

Auch in den Einrichtungen der Obdachlosen- und Drogenhilfe gilt uneingeschränkt das Prinzip „Business Continuity“, denn nur ein Weiterbetrieb sorgt für kommunale Zuschüsse. Ihre „Systemrelevanz“ erklärt sich aus ihrer sozialen Funktion: In „normalen“ Zeiten kommt Einrichtungen wie der IDH die Aufgabe zu, die Auswirkungen prohi-

bitiver Drogenpolitik wie Verelendung und Beschaffungskriminalität zu kaschieren. In der aktuellen Situation geht es nun darum, die Auswirkungen der Krise auf „vulnerable Gruppen“ (Stefan Majer) zu kaschieren. Im Vordergrund steht dabei die Verhinderung negativer Publicity – Bilder von auf der Straße sterbenden Menschen sollen tunlichst vermieden werden.

Zu diesem Zweck schwört etwa die Geschäftsführung der IDH die Belegschaft auf den Geist der „Betriebsgemeinschaft“ ein ... Immer wieder wird die vermeintliche Unverzichtbarkeit der eigenen Einrichtung betont; humanistische Werte wie Hilfsbereitschaft und Anteilnahme werden rücksichtslos instrumentalisiert. Statt umfassenden Gesundheitsschutz und Freistellung erhalten die Beschäftigten das propagandistische Prädikat „Helden des Alltags“. Politische Forderungen wie die nach Unterbringung unserer Klient*innen in Hotels werden selbstredend nicht unterstützt, würde man damit doch das im Kapitalismus heilige Recht auf Privateigentum in Frage stellen.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir eindringlich an euch:

Diskutiert diesen Offenen Brief mit Kolleg*innen und Freund*innen!

Überlegt euch Kampfmaßnahmen zum Schutz unserer Klient*innen und zu unserem eigenen Schutz!

Verweigert euch allen arbeitsrechtlichen Verschlechterungen!

Überhäuft die Geschäftsführungen mit Gefährdungsanzeigen! Dies dient auch eurem eigenen Schutz bei (arbeits)rechtlichen Konsequenzen wegen Fehlern oder Unfällen.

Macht von eurem Beschwerderecht Gebrauch! Das könnt ihr nicht nur individuell, sondern auch mit mehreren zusammen tun.

Fordert eure Betriebsräte auf, Vereinbarungen für den Schutz unserer Gesundheit mit den Geschäftsführungen abzuschließen, sofern das noch nicht passiert ist!

Fordert eure Betriebsräte auf, auf die Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeiten zu dringen!

Für Rückfragen steht euch Angela Grünzel angelagruenzel@web.de oder unter der Mobilfunknummer 0157 81 68 96 82 zur Verfügung.